

## **Jüdische Stimme für den Frieden**

**von Judith Bernstein<sup>1</sup>**

### Die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München

Ich bin als Vertreterin mehrere Gruppen zu dieser Tagung eingeladen worden. Seit 1991 gehöre ich der Jüdisch-Palästinensischen-Dialoggruppe München an. Diese Gruppe wurde im Jahr 1985 von in München ansässigen palästinensischen und jüdischen Bürgern gegründet. Es zeigte sich, dass es auch für uns, die wir in Deutschland leben, nicht möglich ist, so zu tun, als ob uns der israelisch-palästinensische Konflikt nichts angeht. Wir müssen uns mit ihm in der einen oder anderen Weise beschäftigen.

So bemühen wir uns, die Hintergründe und Probleme der Konfrontation zwischen beiden Völkern in Geschichte und Gegenwart zu verstehen. Dazu treffen wir uns in regelmäßigen Abständen. Wir haben Barrieren von Misstrauen untereinander und Unkenntnis voneinander abgebaut. Wir unterstützen Initiativen und Dialoggruppen im Nahen Osten und organisieren von Zeit zu Zeit öffentliche Veranstaltungen, zu denen wir israelische und palästinensische Gäste einladen. Aus Sorge um die friedliche Existenz des palästinensischen und des israelischen Volkes möchten wir dazu beitragen, dass es zu einer Verständigung und einem dauerhaften und gerechten Frieden zwischen beiden Völkern kommt. Dieser kann nur auf dem Prinzip der nationalen Ebenbürtigkeit beruhen, die nach unserer Auffassung durch zwei unabhängige Staaten in den Grenzen von 1967 unter Respektierung völkerrechtlicher Grundsätze gewährleistet werden muss. Wir treten daher für das Ende der israelischen Besatzung ein und außerdem für die Gleichstellung der arabischen mit der jüdischen Bevölkerung im Staat Israel.

Wir halten einen regen kulturellen und wirtschaftlichen Austausch unter Juden und Arabern vor Ort sowie entsprechende Bildungs- und Erziehungsprogramme für geeignete und wichtige Mittel, diesen Dialog zu fördern.

Die Dialoggruppe selbst ist ein Beweis dafür, dass ein Frieden zwischen Israelis und Palästinensern, zwischen Juden und Arabern möglich ist.

### Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost – BR Deutschland

Im November 2003 wurde in Berlin unter dem Namen „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ die deutsche Sektion der Föderation „EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE“ („Europäische Juden für einen gerechten Frieden“, EJJP) ins Leben gerufen. Die „Stimme“ arbeitet auf der Grundlage der EJJP-Gründungserklärung vom September 2002 in Amsterdam, die von 18 jüdischen Organisationen aus 9 europäischen Ländern verabschiedet wurde. Als assoziiertes Mitglied der Föderation will die „Stimme“ über die Notwendigkeit und Chancen eines gerechten Friedens zwischen Palästinensern und Israelis informieren. Ihre wesentliche Aufgabe sieht sie darin, darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung ihr außenpolitisches und ökonomisches Gewicht in der Europäischen Union, bei den Vereinten Nationen und nicht zuletzt im Nahen Osten nachdrücklich und unmissverständlich im

---

<sup>1</sup> Vortrag am 14.4.2007 bei der Jahrestagung „Wir wissen nicht, was wir tun sollen“ (2. Chronik 20,12) des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in Zusammenarbeit mit der Martin-Niemöller-Stiftung und dem Arbeitskreis „Kirche und Israel“ in Hessen und Nassau in der Ev. Akademie Arnoldshain.

Interesse der Herstellung eines lebensfähigen, souveränen Staates Palästina an der Seite Israels einbringt. Überdies will die neu gegründete Organisation für die Verbreitung der EJJJ-Positionen in der Bundesrepublik sorgen.

Die Gründung der deutschen Sektion erfolgte ausdrücklich in der Absicht, sichtbar zu machen, dass die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung entgegen der Behauptung ihrer Vertreter und der wiederholten Beteuerung von Sprechern großer jüdischer Gemeinden keineswegs von allen Menschen jüdischer Herkunft gestützt wird. All jenen, die sich anmaßen, für alle Juden einer Nation oder gar der Welt zu sprechen, rufen wir entgegen: Nicht in unserem Namen!

Gleichzeitig sieht die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ ihre vornehmliche Aufgabe darin, all jenen Organisationen und Individuen in der Bundesrepublik Deutschland Gehör zu verschaffen, die auf israelischer oder auf palästinensischer Seite für Frieden und Gerechtigkeit zwischen beiden Völkern eintreten. Dazu gehören die inzwischen eintausend Wehrdienstverweigerer in Israel, dazu gehören die Menschenrechts- und Friedens- sowie die humanitären Organisationen in Israel und Palästina, die trotz Abstrafungen und trotz existentieller Bedrohung ihrem Gewissen folgen und mit Zivilcourage für eine gute nachbarschaftliche Zukunft streiten.

Frieden und Gerechtigkeit in Palästina und in Israel sind möglich!  
Nötig sind dazu:

1. Das rasche Ende der seit 40 Jahren andauernden Besetzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ost-Jeruselems.
2. Die Räumung aller israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten.
3. Ein souveräner und lebensfähiger Staat Palästina mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem.
4. Die Anerkennung der Mitverantwortung Israels am palästinensischen Flüchtlingsproblem und die Garantie, alle rechtlichen Verpflichtungen, die daraus folgen, in bi- und multilateralen Übereinkommen zu regeln, die auf eine gerechte, faire und praktikable Lösung ausgerichtet sind.
5. Die tatsächliche politische und gesellschaftliche Gleichstellung der arabisch-palästinensischen Bürger Israels.
6. Ein Friedensvertrag zwischen beiden Staaten, der das Schutzinteresse aller Bürger und Bürgerinnen berücksichtigt und zudem auf Vereinbarungen beruht, die den spezifischen Sicherheitsbedürfnissen Israels und Palästinas Rechnung tragen.

*European Jews for a Just Peace (EJJJ)“ hat Mitglieder in Berlin, Köln, Hamburg, Hannover, Offenbach, Frankfurt und München*

#### Berliner Erklärung „Schalom 5676“

Ende September 2006 haben Jüdinnen und Juden aus Deutschland als Erstunterzeichnende die Berliner Erklärung „Schalom 5676“ erarbeitet. Darin werden die Bundesrepublik und die EU dazu aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass sich Israel aus den palästinensischen Gebieten zurückzieht und die politischen und die Menschenrechte der Palästinenser anerkennt, um ihnen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen.

Für dieses Ziel war bislang nur geringe öffentliche Unterstützung gekommen. Das hatte Gründe: Der Völkermord an den Juden Europas hat viele Menschen dazu veranlasst, aus Schuld, Scham und Trauer über dieses Verbrechen zur Politik des Staates Israel zu schweigen. Inzwischen ist diese Stille einer großen Distanz zwischen den Regierenden und den Regierten gewichen. Während weite Teile der öffentlichen Meinung der israelischen Politik mit Fassungslosigkeit begegnen, bemüht sich die Bundesregierung darum, für sie Verständnis aufzubringen. Das gilt für die Siedlungspolitik ebenso wie für den Bau der Trennungszäune und -mauern.

Wir als Erstunterzeichnende sehen mit Entsetzen, wie sich der mit so großen Hoffnungen gegründete Staat Israel in eine Sackgasse manövriert hat, die ihn international isoliert. Wir fordern die deutsche Regierung auf, mit der Europäischen Union

- schnell den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden,
- endlich die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ernsthaft anzustreben, in Gaza und dem gesamten 1967 besetzten Westjordanland einschließlich Ost-Jeruselems, mit voller Souveränität und freiem Verkehr zwischen beiden Landesteilen.

Da auch die jüdischen Erstunterzeichnenden Verwandte und Angehörige in Israel haben, unterstützen sie die dortigen Gruppen der Friedensbewegung. Aus Sorge um die Zukunft des Staates und seiner Bevölkerung sind diese Gruppierungen grundlegend anderer Auffassung als Verlautbarungen aus den hiesigen jüdischen Gemeinden. Sie widersprechen deutlich jenen Behauptungen, die anscheinend in blinder Gefolgschaft auf die Politik der israelischen Regierung setzen, um den Antisemitismus zu bekämpfen. Wir sind davon überzeugt, dass das Umgekehrte richtig ist: Die Antisemiten bedienen sich des Konflikts, um auch gegen die Juden außerhalb Israels Misstrauen und Hass zu schüren. Die deutsche Gesellschaft garantiert unterschiedliche Auffassungen; dieses Recht nehmen auch die hier lebenden Juden in Anspruch. Die große Resonanz, die die „Berliner Erklärung“ gefunden hat, bestätigt unser Bemühen.